



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

ARMUT UND REICHTUM

Das Phantom der deutschen Klassengesellschaft

Wer behauptet, dass Deutschland eine Klassengesellschaft sei, muss eine ziemlich verzerrte Wahrnehmung der Realität haben. Wer hat in Deutschland denn die Macht und das Sagen? Wer sitzt in Bundesregierung, Bundestag und in den Landesparlamenten? Weder gibt es Dynastien, noch wird Deutschland von den Reichen regiert. Im Gegenteil während in der Vergangenheit Reichtum und Macht auf das Engste miteinander verknüpft waren, setzt sich die politische Klasse der Bundesrepublik heutzutage gerade nicht aus den materiell besser gestellten Schichten, geschweige denn Reichen, zusammen.

Die meisten Mitglieder der deutschen Parlamente kommen aus bürgerlichen Berufen und gehören der Mittelschicht an. Sie waren häufig im öffentlichen Dienst beschäftigt, haben als Beamte oder Lehrerinnen gearbeitet, und einige kommen aus der Wissenschaft und Forschung. Die Linke und die Piraten dürften weiter für eine gesellschaftliche Durchmischung politischer Amtsträger sorgen. Top-Manager und Millionäre finden sich in Bundes- oder Landesparlamenten dagegen selten bis gar nicht. Fakt ist also, dass sozialer Aufstieg in der deutschen Gesellschaft möglich und heutzutage die Regel ist, insbesondere in politischer Hinsicht.

Richtig ist, dass sich die soziale Durchlässigkeit im 20. Jahrhundert verstärkt hat. Herkunft spielt heute eine viel geringere Rolle für die Aufstiegschancen als bei früheren Generationen. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg haben die unteren Schich-

ten der Gesellschaft vom wirtschaftlichen Wachstum auf breiter Front profitiert. Die allgemeine Wohlstandsentwicklung hat im Grunde alle erreicht, wenn auch nicht alle in gleicher Stärke. Und auch die immer wieder als Beleg für das Auseinanderdriften der Gesellschaft herbeigezogene Einkommensschere öffnet sich nicht weiter.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in seiner neuesten Analyse der Einkommensentwicklung nicht nur gezeigt, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 2005 bis 2010 – entgegen der landläufigen „gefühlten“ Meinung – deutlich gestiegen sind.¹ Vielmehr hat auch die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen abgenommen. Zwischen 1991 und 2005 stieg die Einkommensungleichheit an. Aber von 2005 bis 2010 erfolgte ein signifikanter Rückgang des Auseinanderdriftens zwischen ärmeren und wohlhabenden Haushalten, der vor allen Dingen der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt zu verdanken ist. Arbeiten zu können und Arbeit zu haben ist eben in jeder Dimension entscheidend. Beschäftigung macht Teilhabe und Aufstieg möglich. Deshalb ist eine gute Arbeitsmarktpolitik auch eine gute Sozialpolitik und eine Voraussetzung für das (weitere) Überwinden einer Klassengesellschaft.

Ein größerer Teil der Bevölkerung als jemals zuvor in Deutschland kann heute zur Mittelschicht gezählt werden. Wichtiger noch: Die Deutschen werden immer älter. Und sie bleiben immer länger gesund. Noch nie hatten im wiedervereinten Deutsch-

land mehr Menschen Arbeit als heute. Und noch nie waren so wenige ohne Beschäftigung wie in den letzten beiden Jahren. Es wird mehr gegessen, großräumiger gewohnt, und es bleibt mehr freie Zeit für Hobbys und Nichtstun. Der durchschnittliche Haushalt von 2013 ist weitaus komfortabler ausgestattet als ein Haushalt der guten bürgerlichen Mittelklasse in den sechziger Jahren. Das sind die Fakten.²

Richtig ist auch, dass sich in den letzten Dekaden für viele Deutsche die Chancen zum wirtschaftlichen Aufstieg gegenüber früher massiv verbessert haben. Dazu gehören Frauen, die heute mehr Möglichkeiten auf beruflichen und politischen Erfolg haben als jede ihrer Vorgängergeneration. Dazu zählen junge Menschen, die ohne unmittelbare Angst vor Krieg aufwachsen dürfen und denen in einem grenzenlosen Europa mehr Möglichkeiten zum Leben, Arbeiten, Studieren oder Reisen offen stehen als jemals zuvor in der Geschichte Europas.

Das trifft auch auf Ältere zu, denen es finanziell viel besser geht als den Rentnern der Nachkriegsjahre. Und es sind die vielen Deutschen mit Migrationshintergrund, die alles in allem weit erfolgreicher integriert sind, als gemeinhin angenommen und die als soziale Aufsteiger, Selbständige, Fach- und Führungskräfte in jeder Beziehung eine tragende Rolle für die deutsche Gesellschaft spielen. Zur „extremen Verzerrung“³ gehört eben auch, nur die Verlierer zu sehen, die sich unzweifelhaft bei alleinerziehenden Frauen, Langzeitarbeitslosen und sicher auch bei Deutschen mit türkischen Wurzeln finden. Redlich wäre es hingegen, die vielen Erfolgsgeschichten zur Kenntnis zu nehmen, die es durchaus gibt und die immer häufiger werden.

Die Frage, wie sich eine Gesellschaft entwickelt hängt eben immer von der Frage ab, mit wem man sich vergleicht, ob mit den Vorfahren oder den Nachbarn. Und zu oft und zu schnell wird dann bei der Klage über Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht das gegenüber früher Erreichte gewürdigt, sondern das Neidgefühl der ver-

gleichsweise Ärmeren und Benachteiligten bedient, weil es – unstrittig – nicht allen gleich gut geht, obwohl es den meisten besser geht als früheren Generationen.

Dass manches besser ist als früher, heißt noch lange nicht, dass alles gut ist. Im Gegenteil: es bleibt viel zu tun. Das gilt vor allem für den Aufstieg durch Bildung. „Bildung für alle“ wurde einst propagiert, um Chancengerechtigkeit zu erzielen. Tatsächlich aber hat das deutsche Bildungssystem wie kaum ein anderes die Vererbung von Bildungschancen zementiert. Die Bildung der Eltern bestimmt immer noch maßgeblich den Bildungserfolg der Kinder.

Nach einer empirischen Untersuchung des DIW vom Januar 2013 erklärt der Familienhintergrund annähernd die Hälfte der Ungleichheit der individuellen Arbeits-einkommen in Deutschland und über die Hälfte der Variation im formalen Bildungserfolg lässt sich mit dem familiärem Hintergrund erklären.⁴ „Die bestehende internationale Literatur weist darauf hin, dass das Bildungssystem eine wichtige Rolle dabei spielen kann, den Einfluss des Familienhintergrundes auf den individuellen ökonomischen Erfolg zu reduzieren. Diese Befunde sprechen dafür, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen und fehlende Förderung der Kinder in bildungsfernen Familien durch frühzeitige staatliche Angebote zu kompensieren“, so DIW-Forscher Daniel Schnitzlein in seinem Fazit.

Spätestens an der Stelle erhält die in diesem Jahr nahezu flächendeckend erfolgte Abschaffung der Studiengebühren in Deutschland eine besondere Tragik. Als scheinbares Gebot der Fairness und des Klassenkampfes gefordert, kehrt Deutschland damit zu einem gebührenbefreiten System zurück, das gerade die heute zu recht bemängelte Vererbung von Bildungsbiografien befördert hatte. In einer ideologisch geführten Debatte gilt es als unstrittig, dass Studiengebühren ungerecht seien. Das Gegenteil aber ist richtig. Es ist nicht die Gebühr, die Jugendliche aus finanziell schwächeren Familien vom Studium fern hält, sondern das

fehlende Abitur. Was nützt ein gebührenfreier Uni-Zugang, wenn Kinder aus Arbeiterfamilien schon viel früher benachteiligt werden, so dass sie bereits während der Schulzeit auf der Strecke bleiben? Die Kinder der wohlhabenden Akademikerfamilien hingegen, die während ihrer Schulzeit aus allen Rohren mit Unterstützung bombardiert werden, bekommen am Schluss als Belohnung dann gleich noch das Studium geschenkt, das auch Wachleute, Wäscherinnen und Reinigungskräfte mit ihrem kargen Gehalt mitfinanzieren. Ist das vielleicht gerecht? Ein gebührenfreies Bildungssystem ist und bleibt verteilungsineffizient, ungerecht und eine stetige Quelle einer Klassengesellschaft. Eine Studienfinanzierung ohne Studiengebühren führt nur dazu, dass im Vergleich der sozialen Herkunftsgruppen der Studierenden die unterste Einkommensgruppe netto kaum weniger belastet wird als die höchste Gruppe.

Stattdessen könnte ein System aus Studiengebühren, -krediten in bundesweiter Ausfallbürgschaft und Zinssubvention sowie einkommensabhängigen und nicht rückzahlbaren BAföG-Zuschüssen sehr viel effizienter einen fairen Hochschulzugang für alle und damit einen weiteren Abbau der Klassengesellschaft ermöglichen. Das wäre ein entscheidender Schritt dafür, dass Chancengleichheit in Deutschland weniger vom Familienhintergrund und mehr vom eigenen ökonomischen Erfolg abhängen würde. Genau das, was zu recht vor allem aus linken Kreisen gefordert wird. Tragisch, dass in der realen Umsetzung rotgrüne Landesregierungen momentan gerade in die andere Richtung marschieren und durch einen Ausstieg aus den Studiengebühren eine weitere Überwindung mikroökonomisch ungerechter und makroökonomisch kostspieliger Klassenschranken verzögern, wenn nicht gar verhindern.

Literatur:

¹ Markus M. Grabka, Jan Goebel und Jürgen Schupp: *Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? In: DIW Wochenbericht Nr. 43 vom 25. Oktober 2012.*

² Vgl. dazu: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM): Wohlstand in Zahlen: Eine Bilanz. INSM Berlin 2012.

³ So („extreme Verzerrung“) der Titel eines Spiegel-Gesprächs mit dem Historiker Hans-Ulrich Wehler, der das Auseinanderdriften

von Arm und Reich für die gefährlichste Herasuforderung hält, vor der Deutschland steht. Vgl.: Der Spiegel Nr. 7 vom 11. Februar 2013, S. 40-42.

⁴ Daniel D. Schnitzlein: Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhinter-

grund prägt eigenen ökonomischen Erfolg. In: DIW Wochenbericht Nr. 4 vom 23. Januar 2013.

Dieser Beitrag erschien am 21. Februar 2013 auf „Die Welt“ (www.welt.de).